DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

REUTERS/LUDOVIC MARIN/POOL

Abhängigkeiten

Das System der »Françafrique« hat sich zwar verändert. Doch Frankreichs Einfluss in seinen ehemaligen Kolonien in Westafrika ist ungebrochen. Wer das Sagen hat, machte Präsident Macron erst kürzlich wieder klar. Von Bernard Schmid

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **MONTAG, 18. DEZEMBER 2017** · NR. 293 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Ausgang offen
Unabhängige Republik oder weiterhin Teil Spaniens? Am Donnerstag wird in Katalonien gewählt **3**

Staat im Staat
Azubi nach Demo gegen bayerisches »Integrationsgesetz« vor Gericht. Entlastendes ist zweitrangig **4**

Auf der Straße
Berlin: Studentische Beschäftigte demonstrieren für neuen Tarifvertrag. Bald wird gestreikt **5**

Widerstand in Prag
Rechte Parteien im EU-Parlament treffen sich an der Moldau. Antifaschisten stören Konferenz **6**

Kurz und braun

Österreichs künftige Regierung will Beschäftigtenrechte einschränken, Sozialleistungen kürzen, Ausländer loswerden. Und bekennt sich zur EU.

Von Simon Loidl, Wien

LEONHARD FOEGER/REUTERS

Der ÖVP-Chef Sebastian Kurz und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache bei der Pressekonferenz am 16. Dezember in Wien

Österreich hat eine neue Regierung. Am Wochenende haben sich die Spitzen der konservativen Volkspartei (ÖVP) und der rechten Freiheitlichen Partei (FPÖ) auf ein Programm geeinigt. Am Samstag stimmten die Parteigremien dem Abkommen zu. Anschließend präsentierten der ÖVP-Chef und künftige Bundeskanzler Sebastian Kurz und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache dieses sowie die Namen der Minister der Öffentlichkeit. Am heutigen Montag wird die neue Rechtskoalition von Bundespräsident Alexander Van der Bellen vereidigt. Dieser hat entgegen früheren Andeutungen versichert, allen vorgeschlagenen Ministern das Vertrauen auszusprechen. Der Präsident hatte von ÖVP und FPÖ lediglich verlangt, sich zur Europäischen Union zu bekennen. Im Vorwort zu ihrem Regierungsprogramm sind Kurz und Strache diesem Wunsch nachgekommen.

Im Lauf der vergangenen Woche waren bereits Namen und inhaltliche Eckpunkte des Koalitionsprogramms durchgesickert. Für Empörung in Medien und Kommentarspalten sorgte, dass die FPÖ mehrere Schlüsselressorts besetzen wird. So wird Österreich künftig mit Herbert Kickl einen extrem rechten Innenminister und mit Mario Kunasek einen ebensolchen Verteidigungsminister haben. Damit ist das gesamte staatliche Gewaltmonopol in rechter Hand. Kickl fungiert seit Jahren als FPÖ-Stratege und war für die rassistischen Plakatsprüche verantwortlich.

Das Regierungsprogramm entspricht weitgehend dem, was ÖVP und FPÖ im Wahlkampf und in den vergangenen Wochen angekündigt hatten. Die Rechtsregierung will langjährige Forderungen von Unternehmerverbänden und Industriellenvereinigung durchsetzen. So soll die »Flexibilisierung« der Arbeitszeit Unternehmern künftig ermöglichen, Beschäftigte bis zu zwölf Stunden täglich und 60 Stunden pro Woche arbeiten zu lassen. Entsprechende Vereinbarungen sollen auf betrieblicher Ebene oder direkt zwischen Unternehmern und einzelnen Angestellten abgeschlossen werden, was eine Schwächung von Gewerkschaften und Kollektivregelungen mit sich bringen wird.

Insgesamt fährt die ÖVP-FPÖ-Koalition einen scharfen Kurs gegen die schwächsten Teile der Gesellschaft. Gleichzeitig sollen Unternehmer steuerlich entlastet und Arbeitsschutzbestimmungen aufgeweicht werden. Während in fast allen Bereichen gekürzt wird, sollen Bundesheer und Polizei mehr Geld bekommen und Tausende zusätzliche Beamte eingestellt werden.

Die neue Regierung will zudem das Sozialleistungssystem umbauen. Die »Mindestsicherung«, eine Sozialleistung für jene, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, soll bundesweit gekürzt werden. Bisher lag dies in der Verantwortung der Bundesländer. Bezieher von Arbeitslosengeld sollen strenger kontrolliert werden. Zudem sollen sie mit Dauer des Bezugs kontinuierlich weniger Geld bekommen.

Erwartungsgemäß hart sind auch die Pläne im Asylbereich. So sollen Menschen, die Antrag auf Asyl stellen, künftig ihr gesamtes Bargeld abgeben müssen. Zudem müssen Asylwerber ihre Mobiltelefone abgeben, damit sie von den Behörden nach Hinweisen auf Identität und Herkunft ihrer Eigentümer untersucht werden können. Die »Effizienz« bei Abschiebungen wollen ÖVP und FPÖ steigern.

Für den heutigen Montag haben zahlreiche Organisationen mehrere Demonstrationen in Wien geplant. Vertreter von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen kündigten Widerstand gegen einzelne Pläne der Rechtskoalition an.

Proteste gegen Fujimori in Peru

Lima. Das geplante Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Pedro Pablo Kuczynski (79) sorgt für Proteste in Peru. Tausende Menschen demonstrierten am Wochenende in der Hauptstadt Lima und riefen zur »Verteidigung der Demokratie« auf. Sie fürchten einen rechten Machtwechsel unter Führung von Keiko Fujimori, Tochter des inhaftierten früheren autoritären Präsidenten Alberto Fujimori. Sie führt die größte Partei im Kongress an, die Fuerza Popular (FP), die das Verfahren wegen angeblicher Korruption initiiert hat. Die Mehrheitsverhältnisse im Kongress könnten zur Absetzung des liberalen Kuczynski führen. Die Abgeordneten forderten in einem am Freitag eingebrachten Antrag, dass das Parlament den Staatschef wegen »mangelnder moralischer Eignung« absetzt. Kuczynski soll in den Bestechungsskandal um den brasilianischen Baukonzern Odebrecht verwickelt sein. (dpa/jW)

CSU kürt Spitzenduo Söder und Seehofer

NICOLAS ARMER/DPA

Nürnberg. Mit dem Spitzenduo Horst Seehofer (Foto, l.) und Markus Söder (r.) geht die CSU ins Wahljahr 2018. Auf einem Parteitag in Nürnberg kürten die Delegierten den bayerischen Finanzminister Söder am Samstag zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl im Herbst kommenden Jahres. Seehofer wurde als Parteichef wiedergewählt, jedoch mit dem bisher schlechtesten Ergebnis einer solchen Abstimmung. In offener Stimmabgabe votierten die Delegierten in Nürnberg fast einstimmig für Söder als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl. In den ersten Monaten des kommenden Jahres soll dieser das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen. Der scheidende Regierungschef Seehofer erhielt in der geheimen Wahl zum Parteivorsitz lediglich 83,7 Prozent der Stimmen. Damit unterbot er noch den Negativrekord von vor zwei Jahren, als er 87,2 Prozent erhalten hatte. (AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 2.084 Genossinnen und Genossen (Stand 1.12.2017)
■ **www.jungewelt.de/lpg**

Dutzende V-Mann-Berichte über Amri

Medienbericht: Mutmaßlicher Attentäter früher und intensiver überwacht als bisher bekannt

Der mutmaßliche Haupttäter des Berliner Weihnachtsmarkt-Anschlags, Anis Amri, ist offenbar viel früher und intensiver observiert und abgehört worden als bisher bekannt. Dies berichtete die *Welt am Sonntag (WamS)* unter Berufung auf Tausende Akten, Dutzende V-Mann-Berichte und Protokolle von Telefon- und Internetüberwachungen, die der Zeitung nach eigenen Angaben exklusiv vorliegen.

Spätestens seit November 2015 ließ die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe demnach den Tunesier vom Bundeskriminalamt (BKA) und vom Landeskriminalamt (LKA) Nordrhein-Westfalen durch einen V-Mann der Polizei gezielt überwachen. Die Maßnahme sei Teil der verdeckten Ermittlungen gegen die mutmaßliche IS-Zelle des Hildesheimer Predigers Abu Walaa gewesen.

Bereits am 24. November 2015, also mehr als ein Jahr vor dem Anschlag, meldete der V-Mann »Murat« alias »VP01« konkrete Anschlagspläne Amris an das LKA Düsseldorf, wie es im *WamS*-Bericht heißt. Diese seien – wie alle weiteren Erkenntnisse – von dort an BKA, Generalbundesanwalt und das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergereicht worden.

Spätestens seit dem 3. Dezember 2015 seien deshalb die häufig wechselnden Mobiltelefone Amris abgehört und seine Internetverbindungen überwacht worden. Mitte Dezember 2015 soll Amri mit seinem rund um die Uhr überwachten Smartphone detaillierte Anleitungen zum Mischen von Sprengstoff sowie zum Bau von Bomben und Handgranaten heruntergeladen haben. Spätestens ab Februar 2016 habe Amri mit dem abgehörten Handy mit zwei Kadern der Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS) in Libyen telefoniert und sich als Selbstmordattentäter für einen Anschlag in Deutschland angeboten. Mit Hilfe des V-Manns »VP01« sei es den Staatsschützern noch im selben Monat gelungen, in die verschlüsselte Chat-Kommunikation Amris mit den IS-Kadern über die Messengerdienste Telegram und Whats-App einzudringen. Der Zeitung liegen nach eigenen Angaben Behördenmails und Akten vor, die eine stärkere Rolle der deutschen Nachrichtendienste belegen als bislang von der Bundesregierung dargestellt. (AFP/jW)

4 198625 901607 10051